

islaMedia

Newsletter zur Medienberichterstattung in türkischen Zeitungen

Hürriyet

- Samstag, 19.01.08 – Merkez Moschee beim Kölner Karneval

Der Kölner Karneval ist in die türkische Presselandschaft eingezogen. Für alle Zeitungen war die Nachricht, dass beim Faschingszug mehrere Wägen das Thema des viel diskutierten Moscheebaus aufnehmen, eine Berichterstattung wert. In der Hürriyet ist der Artikel mit DITIB-Geschäftsführer Mehmet Yildirim und Oberbürgermeister Fritz Schramma bebildert, die die Illustrationen der Wägen „Die Kölsche Lösung - en neue Kulturkamell“ und „Die Moschee im Dorf lassen“ in Händen halten. Mehmet Yildirim wird mit den Worten zitiert, dass er die Botschaft der Karikaturen für wichtig und bedeutungsvoll halte. Die Karikatur „Die Moschee im Dorf lassen“ zeigt einen Politiker von „Contra Köln“, der eine Moschee in Form eines Totenkopfes malt.

- Donnerstag, 24.01.08 – Diskussion über Euro-Islam

Heute berichtet die auflagenstärkste Tageszeitung in Deutschland über die Veranstaltung des Bayerischen Landtags "Das Jahrhundert der Religionen - kann es einen Euro-Islam geben?". Alois Glück (CSU), Präsident des Bayerischen Landtags, hob die wachsende Bedeutung des Islam in Deutschland hervor. Priorität habe die Einbettung eines Euro-Islam in das juristische System einer demokratischen Gesellschaftsordnung. FAZ-Redakteur Wolfgang Günter Lerch habe ebenso einen Euro-Islam begrüßt und vor einer unnötigen Erzeugung von Islamophobie gewarnt.

Sabah

- Montag, 21.01.08 – Rehn: Angriffe auf Kirchen ist Hindernis

Sabah berichtet über die schriftliche Anfrage von Ioannis Gklavakis an die Kommission des Europäischen Parlaments, worin Übergriffe auf christlich-orthodoxe Gotteshäuser thematisiert werden. Konkret geht es um die Beispiele, dass die Kirche Agia Trias der HI. Metropolis von Chalkedon (1905) beschädigt, ihr Küster eingeschüchtert und die Kirche Taxiarches in Steni-Bosporus mit christen- und minderheitenfeindlichen Parolen beschmiert worden seien. EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn habe daraufhin erwidert, dass solche Vorfälle den Weg für die Türkei in die Europäische Union erschweren würden.

Milliyet

- Freitag, 18.01.08 – Koran-Film löst Unruhe aus

Milliyet schreibt, dass das niederländische Innenministerium wegen eines Filmes über den Koran der rechtspopulistischen Freiheitspartei PVV, der für Ende Januar 2008 angekündigt sei, zur Besonnenheit aufgerufen habe. Im Schreiben hieß es, dass man sich in von Muslimen bewohnten Gebieten vor der Ausstrahlung des Filmes als Vorsichtsmaßnahme zu Gesprächen treffen könnte. Geert Wilders (PVV) hatte im vergangenen Jahr immer wieder gefordert, den Koran verbieten zu lassen. Der Milliyet-Artikel endet mit der Feststellung, dass die meisten Fernsehsender sich weigerten, Wilders islamkritischen Film auszustrahlen.

- Samstag, 19.01.08 – Der neue Name des Terrorismus: „Anti-islamische Aktivität“

In der Wochenendausgabe wird gemeldet, dass die britische Regierung beabsichtige, eine neue Sprachregelung einzuführen. Islamischer Terrorismus soll in Zukunft „Anti-islamische Aktivität“ genannt werden. Als Gründe wurden einerseits angeführt, dass man mit der bisherigen Bezeichnung die Muslime nicht länger verärgern wolle, und andererseits wolle man es den Terroristen dadurch unmöglich machen, die Religion des Islam für ihre Taten zu missbrauchen. Die britische Innenministerin Jacqui Smith sehe in der neuen Sprachregelung eine Möglichkeit, Muslime in Bezug auf die „Anti-islamische Aktivität“ zu unterstützen.

▪ Donnerstag, 24.01.08 – Der Stein rollt

Güneri Civaoglu kommentiert die geplante Abschaffung des Kopftuchverbots an Universitäten in der Türkei. Die nötigen Verfassungsänderungen sind von Politikern der Regierungspartei AKP von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan und der rechtsgerichteten Oppositionspartei MHP eingeleitet worden. Civaoglu sieht die Entwicklung als höchst bedenklich, denn anfänglich könnten die Studentinnen das neu eingeräumte Recht genießen, aber es sei mit weiteren Forderungen zu rechnen: zuerst Schülerinnen an Gymnasien und dann auch an Grundschulen. Bebildert ist der Kommentar mit einem Foto eines Kleinkindes mit einem streng gebundenen Kopftuch.

Zaman

▪ Dienstag, 22.01.08 – Mangelnde Integration kostet Deutschland 16 Milliarden Euro

Zaman fasst die im Auftrag der Bertelsmann Stiftung entstandene Studie des Büros für Arbeits- und Sozialpolitische Studien (BASS) zusammen. Das Ergebnis lautet, dass für den deutschen Staat wegen ungenügender Integration von Migranten Kosten in Höhe von 16 Milliarden Euro pro Jahr entstünden. Die mangelnde Integration koste Bund und Länder jeweils 3,6 Milliarden Euro pro Jahr. Die Kosten der Kommunen liege bei 1,3 Milliarden Euro, die der Sozialversicherungen bei 7,8 Milliarden Euro. Am Folgetag wird auf Maria Böhmer (SPD), Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Bezug genommen. Böhmer kommentiert die Studie damit, dass sich jeder Euro um das Fünffache auszahlen werde.

Den wöchentlich erscheinenden **Newsletter zur Medienberichterstattung in türkischen Zeitungen** finden Sie auch in unserem Archiv auf www.islamedia.de unter der Rubrik Newsletter.

Impressum:

Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg

Lehrstuhl für Bürgerliches Recht - Prof. Dr. Rohe

www.islaMedia.de

- Der Newsletter erscheint in unregelmäßigen Abständen und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit

- Angeführte Links bzw. Artikel geben nicht die Meinung der Herausgeber wieder, sondern versuchen die aktuelle Diskussion um den Islam und die Muslime in Europa in den Medien wiederzuspiegeln

- Um den Newsletter zu bestellen bzw. abzubestellen bitte um Antwort mit "Bestellen" bzw. "Abbestellen" im Betreff